Professor Werding belegt demografische Schieflage der Sozialversicherung - Jüngere Generationen werden massiv benachteiligt

News © Pixabay

Die alternde Bevölkerung bringt das umlagefinanzierte System der Sozialversicherungen in Deutschland zunehmend an seine Belastungsgrenze. Eine neue Studie des Wissenschaftlichen Institut der PKV (WIP), verfasst von Prof. Martin Werding - Mitglied im Sachverständigenrat für Wirtschaft der Bundesregierung – zeigt: Die Beitragssätze werden in den kommenden Jahrzehnten stark steigen. Das belastet vor allem die jüngeren Generationen.

Unter den geltenden gesetzlichen Regelungen und auf Basis mittlerer Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung wird der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung von heute knapp 42 Prozent bis 2035 auf 47,5 Prozent steigen. Bis 2080 werden sogar 58,4 Prozent erreicht. Daraus ergeben sich negative Rückwirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung und das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Eine Folge dieses Anstiegs ist eine erhebliche Belastungsverschiebung zulasten der jüngeren Generationen. Während ein im Jahr 1940 geborener Mensch im Durchschnitt 34,2 Prozent seines Erwerbseinkommens an Sozialbeiträgen entrichtete, werden es für den Jahrgang 2020 voraussichtlich 55,6 Prozent sein. Besonders deutlich zeigt sich die Belastungsverschiebung in der Pflegeversicherung, deren Beitragssatz sich seit ihrer Einführung 1995 vervielfacht hat. Auch die Renten- und Krankenversicherung tragen erheblich zum Anstieg bei. Die Studie mahnt daher eine grundlegende Reform an, um die Generationengerechtigkeit zu erhalten.

Die Belastungen der jüngeren Generationen steigen nicht nur, sie untergraben auch den sozialen Zusammenhalt und die politische Legitimität des bestehenden Sozialversicherungssystems, erklärt Prof. Martin Werding: „Der vielzitierte ‚Generationenvertrag' ist […] kein juristischer

Vertrag [...]. Seine Konditionen müssen politisch so gesteuert werden, dass sie für alle beteiligten Generationen zumindest zustimmungsfähig sind."

„Die Analyse von Professor Werding belegt mit klaren Zahlen, wie stark das umlagefinanzierte Sozialversicherungssystem junge Generationen belastet", sagt Dr. Frank Wild, Institutsleiter des WIP. „Wenn künftige Erwerbstätige über die Hälfte ihres Einkommens für Sozialbeiträge aufbringen müssen, ist das kein tragfähiger Generationenvertrag mehr – sondern eine Schieflage mit sozialen und ökonomischen Risiken. Die Analyse liefert die empirische Grundlage, um diese Debatte faktenbasiert zu führen."

Die vollständige Studie „Sozialversicherung in demografischer Schieflage: Steigende Beitragsbelastungen für die junge Generation" ist abrufbar unter: www.wip-pkv.de.